

PRESSE Information

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
nachfolgend bieten wir Ihnen eine Meldung an.

Jerzy Montag (BÜ 90/DIE GRÜNEN), Vorsitzender der deutsch-israelischen Parlamentariergruppe, gab heute, 18.01.12, dem Südwestrundfunk ein Interview zum Thema „**Palästinenserpräsident Abbas in Berlin**“.
Das „SWR2 Tagesgespräch“ führte Rudolf Geissler.

Mit freundlichen Grüßen
Zentrale Information

SÜDWESTRUNDFUNK
Anstalt des öffentlichen Rechts
Radio · Fernsehen · Internet

Chefredaktion Hörfunk
Zentrale Information
SWR Tagesgespräch
Postadresse 76522 Baden-Baden
Hausadresse Hans-Bredow-Straße
76530 Baden-Baden

Telefon 07221/929-23981
Telefax 07221/929-22050

Internet www.swr2.de

Datum: 18.01.2012

Chef der deutsch-israelischen Parlamentariergruppe würdigt Staatsbesuch von Palästinenserpräsident Abbas in Berlin

Baden-Baden: Der Vorsitzende der deutsch-israelischen Parlamentariergruppe, Jerzy Montag (GRÜNE) sieht Anzeichen für eine innenpolitische Wende in Israel, falls die Regierung Netanyahu den Siedlungsausbau in den besetzten Gebieten nicht stoppen sollte. Montag sagte im Südwestrundfunk (SWR), wenn Netanyahu auf diese Weise die Friedensverhandlungen mit den Palästinensern weiter blockiere, werde die Opposition in Israel möglicher Weise auf eine Volksabstimmung über den Siedlungsausbau drängen. Auch gebe es Pläne zur Gründung einer neuen Partei „um einen der einflussreichsten Journalisten“ des Landes. Montag nannte es einen „völlig richtigen und politisch vernünftigen Schritt“, dass Palästinenserpräsident Abbas zu einem „ganz offiziellen Staatsbesuch“ nach Deutschland eingeladen worden sei. Abbas wird heute in Berlin von Bundespräsident Wulff empfangen und trifft morgen mit Bundeskanzlerin Merkel zusammen. Der Grünen-Politiker appellierte an die Bundesregierung, gegenüber der Regierung in Israel „noch deutlicher“ zu machen, dass der Siedlungsausbau in den besetzten Gebieten völkerrechtswidrig sei.

Wortlaut des Live-Gesprächs:

Geissler: Palästinenserpräsident Abbas wird auf seiner Europareise heute in Berlin den Bundespräsidenten und morgen Bundeskanzlerin Merkel treffen und aller Voraussicht nach um Rückhalt bitten für die Gespräche mit Israel. Beide Seiten, Palästinenser und Israelis, suchen ja derzeit einen Weg, um wieder direkt miteinander über einen Palästinenserstaat zu verhandeln. Abbas sagt, ich kann das nur machen, wenn die israelische Regierung nicht mehr länger zulässt, dass die Siedlungen ausgebaut werden. Was kann die Bundesregierung unter diesen Umständen mehr tun als ihm sagen, Herr Abbas wir können ihre Haltung gut verstehen?

Jerzy: Na, zu allererst finde ich es einen völlig richtigen und politisch vernünftigen Schritt, dass Deutschland den Präsidenten Abbas zu einem ganz offiziellen Staatsbesuch nach Deutschland eingeladen hat. Das ist ein erster Besuch in dieser Größenordnung von Präsident zu Präsident sozusagen. Und wenn man die Zwei-Staaten-Lösung will, dann muss man auch auf der palästinensischen Seite von Europa aus, von Deutschland aus dafür sorgen, dass ein Staat

entsteht. Was können wir dafür beitragen, dass die Gespräche überhaupt substantiell aufgenommen werden - das ist leider herzlich wenig. Aber das ist viel mehr als nichts. Nur Herrn Präsident Abbas zu sagen, dass wir ihn verstehen, wäre zu wenig. Ich finde, dass die deutsche Regierung der israelischen Regierung deutlich machen muss und noch deutlicher als bisher, dass es eindeutige europäische Haltung und eindeutige deutsche Haltung ist, dass der Siedlungsbau in Ostjerusalem und in den besetzten Gebieten gegen das Völkerrecht verstößt und, dass es politisch sinnvoll wäre, wenn dieser Siedlungsbau eingestellt wird, damit die Gespräche voran kommen.

Geissler: Aber die Bundesregierung hat das ja schon mehrfach deutlich gemacht, dass sie diesen Siedlungsausbau keineswegs goutiert.

Jerzy: Das ist richtig. Wie deutlich dies geschehen ist, kann ich nicht beurteilen, weil ich nicht dabei war. Aber was man hört ist, dass die Bundeskanzlerin sich in den letzten Gesprächen mit Herrn Netanjahu doch schon eines klareren Wortes bedient hat, das unterstütze ich ausdrücklich. Auch in Israel gibt es ja eine tiefgreifende Debatte über die Richtigkeit des Vorgehens der israelischen Regierung, und es gibt sehr wohl auch politische Stimmen, die das Vorgehen dieser Regierung für nicht richtig halten. Da sollte die deutsche Politik auch nicht schweigen.

Geissler: Der jordanische König Abdullah, der ja beide Seiten gerade bearbeitet, dass sie zu Friedensverhandlungen zusammenkommen, der hat gestern gesagt, er ist vorsichtig optimistisch. Haben Sie eine Vorstellung, was in der Sache dahinter steckt, oder denken Sie, das ist reiner Zweckoptimismus?

Jerzy: Also, wenn im Nahen Osten ein Vermittler erklärt, er sei vorsichtig optimistisch, könnte sich dahinter schon ein kleines Substrat an Möglichkeiten für weitere Verhandlungen ergeben. Wissen Sie, die Verhandlungen werden mit Unterbrechungen seit Jahrzehnten geführt. Es gibt kaum einen schwierigeren außenpolitischen Bereich als den Nahen Osten und die Verhandlungen zwischen der israelischen und der palästinensischen Seite. Wir können den jordanischen König Abdullah nur ermuntern, seine Position, die ähnlich ist wie zum Beispiel auch die deutsche - er wird von beiden Seiten geschätzt und geachtet - darauf zu verwenden, um beide Seiten am Tisch zu halten, das ist schwer genug.

Geissler: Wenn aber Abbas sich nicht bewegt und Netanjahu die Siedler nicht stoppt, was sagen Ihre Kontakte in Israel, von denen Sie gerade gesprochen haben: Womit ist dann zu rechnen?

Jerzy: Es ist auf kurze Sicht mit einem erneuten Stillstand der Verhandlungen zu rechnen, eventuell mit einer noch größeren Verhärtung der Situation...

Geissler: ...bleibt im Grunde kein anderer Ausweg möglicherweise, als auf eine andere, eine neue israelische Regierung zu warten?

Jerzy: Darauf wollte ich gerade zu sprechen kommen. Das ist ein ewiges Gesetz der Politik, dass sich auf bestimmte verhärtende Situationen dann auch neue Konstellationen ergeben. Die Probleme suchen sich auch in Israel ihre Lösungen. Wir hören, dass sich eventuell eine neue Partei bilden könnte, um einen der einflussreichsten Journalisten in Israel. Wir könnten uns auch vorstellen, dass die jetzige Opposition sich stärker absetzt von der Regierungslinie Netanjahus und das israelische Volk zu einer Neuabstimmung über das zukünftige Vorgehen führt. Es gibt viele Möglichkeiten der Bewegung. Aber ich gebe zu, wenn sich jetzt in den Verhandlungen Abbas nicht bewegt, was er nicht kann, und Netanjahu nicht bewegt, weil er nicht will, dann wird es bei einem Stillstand des jetzigen unbefriedigenden Zustands bleiben.

- Ende Wortlaut -